

„Kein Platz für Extremisten in der Polizei“

Ab Wochenmitte treffen sich die innenpolitischen Sprecher der Unionsparteien in Bad Teinach zu ihrer Herbsttagung. Zum Auftakt besuchen sie am Donnerstag das Kommando Spezialkräfte.

VON FRANZ FREYDER

Bad Teinach. Die innenpolitischen Sprecher der CDU- und CSU-Bundestagsfraktionen und Landtage treffen sich turnusmäßig zu ihrer Herbsttagung vom kommenden Donnerstag bis Samstag in Bad Teinach. Zum Auftakt besuchen die Unionspolitiker das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr in Calw, das in den vergangenen Monaten wegen rechtsextremistischer Umtriebe in den Fokus der Öffentlichkeit kam.

■ Herr Blenke, Herr Frei, die innenpolitischen Sprecher der Land- und Bundestagsfraktionen der CDU/CSU treffen sich diese Woche im Schwarzwald und besuchen auch das Kommando Spezialkräfte in Calw. Zu einer Zeit, in der dieser Bundeswehrverband wie kein anderer wegen rechtsextremer Umtriebe in der Kritik steht.

Blenke: Ich könnte mich leicht mit dem Argument herausreden, dass sowohl unsere

Tagung und der Besuch beim KSK bereits im vergangenen Jahr geplant und vereinbart wurde. Aber das ist mir zu billig: Das Kommando arbeitet eng mit den Spezialeinheiten des Bundes und der Länder zusammen, mit der GSG 9, mit den Spezialeinsatzkommandos. Deshalb ist es für die Innenpolitiker der Union wichtig und richtig, mit den Soldatinnen und Soldaten des KSK zu sprechen und den Dialog zu suchen. Denn der Verband ist ein unverzichtbarer Teil unserer Sicherheitsarchitektur für Deutschland.

Frei: Nicht nur die Zusammenarbeit und der Erfahrungsaustausch der Praktiker aus den Bereichen der äußeren und inneren Sicherheit ist für uns interessant. Das KSK ist ein Verband mit einzigartigen Fähigkeiten. Dazu gehört in der Schnittmenge zu den Spezialeinheiten der Polizei insbesondere der Auftrag, dass Soldaten des KSK deutsche und europäische Staatsbürger aus Krisensituationen im Ausland retten sollen. Insofern ist der Besuch in Calw ein deutliches Zeichen dafür, dass die Union auch in schwierigen Zeiten hinter den deutschen Sicherheitskräften steht ...

■ ... wie gesagt: In einer Zeit, in der eine Einheit des KSK aufgelöst wurde, weil die Verteidigungsministerin keinen anderen Weg sah, dem rechten Treiben in dieser Kompanie Herr zu werden ...

Frei: Die eingeleiteten Ermittlungs- und Disziplinarverfahren zeigen sehr deutlich: Gegen rechte Umtriebe geht sowohl die Bundeswehr als auch die Polizei – wie aktuell der Vorfall in Nordrhein-Westfalen unterstreicht – sehr konsequent vor. Es wird leider immer Fehlverhalten in Einzelfällen geben. Aber ich kann nicht erkennen, dass unsere Sicherheitskräfte ein strukturelles Extremismusproblem hätten. Wir haben etwa 300 000 Polizistinnen und Polizei in Deutschland. Und im ersten Halbjahr 2020 hatten wir 40 Verdachtsfälle.

Blenke: Meine Erfahrung ist die, dass solche Vorkommnisse in der Polizei sehr schnell und sehr konsequent aufgearbeitet werden. Da wird nichts unter den Teppich gekehrt. Und das

ist richtig so: Wir haben in der deutschen Polizei keinen Platz für Extremisten, ob sie nun von rechts, von links, aus dem Islam oder wo auch immer herkommen. Aber lassen wir bitte einmal die Kirche im Dorf: Die weit überwiegende Zahl unserer Polizistinnen und Polizisten stehen fest zur freiheitlichen, demokratischen Grundordnung und zu den Grundwerten unseres Staates und unserer Gesellschaft. Beide verteidigen sie auch unter Einsatz ihres Lebens. Und wenn ich mir die Bemerkung als Innenpolitiker erlauben darf: Das ist beim Kommando Spezialkräfte nicht anders.

■ Lassen Sie uns noch kurz beim KSK bleiben, über dessen Auflösung Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer noch nicht entschieden hat. Teile der Ausbildung werden an die Infanterieschule der Bundeswehr im fränkischen Hammelburg ausgegliedert. Das Training insgesamt dem Ausbildungskommando des Heeres in Leipzig unterstellt. Das KSK soll sich bewähren und reformieren. Mit einer Auflösung des Kommandos stünde der Standort Calw zur Diskussion.

Blenke: Es gibt eine berührende Solidarität der Calwerinnen und Calwer mit ihrem KSK. Im Ort stellen Bürger der Stadt Plakate auf und bekennen sich offen zum Kommando Spezialkräfte. Der Kreistag hat im Juli eine Resolution verabschiedet, in dem er sich für den Erhalt des KSK und des Standortes Calw bei der Ministerin einsetzt. Die Antwort ihres Staatssekretärs Thomas Silberhorn gibt Anlass zu vorsichtigem Optimismus, dass uns der Standort Calw und damit die Bundeswehr im Nord-Schwarzwald erhalten bleibt.

Frei: Das will ich in einem Punkt auch als stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bundestag unterstreichen: Wir können in Deutschland nicht auf einen Verband mit den Fähigkeiten des KSK verzichten. Die Ministerin hat Reformen eingeleitet, diese beginnen zu greifen.

■ Nicht in allen Punkten: Gerät heute ein Soldat wegen extremistischer Gesinnung

unter die Beobachtung des Militärischen Abschirmdienstes MAD, verschwindet er nach seiner Entlassung aus der Bundeswehr wieder vom Schirm, weil es keinen Datenaustausch zwischen dem MAD und den anderen Sicherheitsbehörden, Verfassungsschutz und Polizei, des Bundes und der Länder gibt.

Frei: Genau diese Lücke soll in einem neuen Verfassungsschutzgesetz geschlossen werden. Daran arbeiten wir im Bundestag gerade sehr intensiv – auch wenn bei unserem Koalitionspartner noch Überzeugungsarbeit notwendig ist ...

Blenke: ... was ja Parallelen zur Situation in Baden-Württemberg aufweist: Auch hier stellen SPD und FDP in der Opposition das neue, moderate Polizeigesetz unseres Landes aus dogmatischen Gründen in Frage, anstatt es mit uns gemeinsam auf einen breiten, parlamentarischen Boden zu stellen. Mir erschließt sich ein solches Vorgehen politisch nicht.

ZUR PERSON

Thorsten Frei

Thorsten Frei studierte nach dem Abitur in Bad Säckingen an der Uni Freiburg Jura. Dem Bundestag gehört er seit 2013 an, seit 2018 als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Er vertritt den Wahlkreis Schwarzwald-Baar und Oberes Kinzigtal im Parlament. Spezialisiert ist Frei auf Innen- und Rechtspolitik. (fey)



ZUR PERSON

Thomas Blenke

Thomas Blenke ist Bankkaufmann und Jurist. Im Landtag vertritt er seit 2001 den Landkreis Calw. Spezialisiert ist er auf Innenpolitik. Seit 2018 ist er Sprecher aller innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU. In dieser Funktion organisiert er deren Konferenz zwei Mal im Jahr, die nächste am Donnerstag und Freitag im Schwarzwald.

